Wie weiter?
Die Europäische Union und Russland zwischen Stabilität und Fortschritt

15. Schlangenbader Gespräch
Schlangenbad, 26. bis 28. April 2012

Veranstalter

Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation, Moskau
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt

in Kooperation mit

Konrad-Adenauer-Stiftung in der Russischen Föderation, Moskau
Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen,
Russische Akademie der Wissenschaften

Protokoll

Vera Rogowa
Unter Mitarbeit von Nils Fürköther

Russische Version

Jewgenija Bakalowa
Unter Mitarbeit von Daria Iewlewa

Das Rahmenthema der Schlangenbader Gespräch 2012 – „Wie weiter? Die Europäische Union und Russland zwischen Stabilität und Fortschritt“ – galt nicht in erster Linie den Beziehungen und den zahlreichen Krisen in den Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union. Thema sollten vielmehr die Krisen auf beiden Seiten sein, die bei aller Unterschiedlichkeit zugleich exemplarischen Charakter hätten und die jeweiligen Modelle im Kern treffen würden, wie **Hans-Joachim Spanger** einleitend erläuterte. In der Europäischen Union handelte es sich dabei um die zweite Welle der globalen Finanzkrise von 2008/2009, die nunmehr als Krise der öffentlichen Finanzen schonungslos die Konstruktionsprobleme eines höchst ambitionierten Integrationsmodells offenlegte – der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. In Russland sei es die Krise eines Entwicklungs- und Steuerungsmodells, die ebenfalls ihren Ursprung in der Finanzkrise von 2008/2009 hatte, als Putins Sozialkontrakt mit dem russischen Volk – Wohlstand und wirtschaftlicher Fortschritt im Tausch gegen Freiheit und politische Mitwirkungsrechte – erste Risse zeigte. Diese weiteten sich dramatisch aus, als die politische Führung nach der Finanzkrise glaubte, mit ihrem Ämtertausch nahtlos an die Herrschaftspraktiken aus der Zeit davor anknüpfen zu können – was die Rebellion der legendären „neuen Mittelschicht“ auslöste (wie umgekehrt in der Europäischen Union die Rebellion des neuen Populismus). In beiden Fällen sei es bis heute nicht gelungen, die Krise zu überwinden.

Panel 1

Die Krise des Euro als Chance für die Union? Die EU zwischen Demokratie und Finanzmarkt

Das erste Panel widmete sich der europäischen Währungskrise und ihrer Bewältigung sowie den Auswirkungen der Krise auf die weitere Zusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union. Dabei trafen zwei sehr verschiedene Sichtweisen aufeinander, die eine rege Diskussion unter den Teilnehmern auslösten. Vor allem in Bezug auf die richtige Politik zur Krisenbewältigung gingen die Meinungen auseinander: Während **Wilhelm Hankel** für „weniger Europa“ plädierte und damit zu einer Rückkehr zur klassischen, nationalstaatlich kontrollierten Währungspolitik aufrief, betonte **Robert von Heusinger** die Notwendigkeit von „mehr Europa“ im Sinne einer Stärkung supranationaler Strukturen. Diese unterschiedlichen Ansätze betreffen zwar in erster Linie den Euro, haben aber potenziell Auswirkungen für den Fortbestand der Europäischen Union als Ganzes – ganz so wie Bundeskanzlerin Merkel mit ihrer Feststellung betonte: „Stirbt der Euro, stirbt Europa.“ Für **Hankel** wiederum gilt dieser Zusammenhang umgekehrt: „Europa scheitert am Euro.“

Schon über die Ursachen der Krise bestand wenig Einigkeit. **Hankel** wies in seiner Einführung darauf hin, dass der Euro als Währung von Anfang an große strukturelle Mängel aufgewiesen habe. So sei der gemeinsame Zinssatz zu hoch für die Staaten im Norden und zu niedrig für diejenigen im Süden Europas gewesen. Ähnliches gelte für die Wechselkurse: Während die Währung einiger Länder künstlich abgewertet worden sei, habe vor allem für Mitglieder aus

Südeuropa eine Aufwertung stattgefunden. Als Konsequenz hätte der Süden der Eurozone eine – ökonomisch unbegründete – hohe Kreditwürdigkeit erhalten: Eine kreditfinanzierte Expansion, eskalierende Leistungsbilanzdefizite sowie private und staatliche Überschuldung seien die schwerwiegenden Folgen der Euro-Einführung gewesen. Eine solche Situation habe nach **Hankel** in jedem Fall zu einer weitreichenden Krise führen müssen.

Eine andere Krisendiagnose lieferte **Robert von Heusinger**, dem die übermäßige Kreditnachfrage in einigen Staaten als Auslöser zu einseitig erschien. Er betonte, dass die Ursachen der Krise weniger in der gemeinsamen Währung als im Bankensektor zu lokalisieren seien. Erst die Spekulation mit Finanzprodukten habe zur Destabilisierung geführt; dies sei wiederum durch eine unzureichende Kontrolle der Finanzoperationen erleichtert worden. In diesem Zusammenhang könne man auch die Europäische Zentralbank (EZB) kritisieren, die durch einen zu strikten Fokus auf das Inflationsziel die ökonomischen Verwerfungen zunächst übersehe habe. Auch **Ksenija W. Judajewa** unterstützte in ihrem Vortrag diese Sichtweise und merkte an, dass die missbräuchliche Verwendung des Kreditwesens als Instrument zur Verminderung sozialer Ungleichheit sowohl in den USA als auch in Europa zur Krise beigetragen habe, da dies zu erhöhtem, kreditfinanziertem Konsum bei unverändertem Angebot geführte habe.

Weiterhin wies **Wilhelm Hankel** auf ein in seinen Augen zentrales ordnungspolitisches Problem hin: die zunehmende Supranationalisierung der traditionell nationalstaatlichen Aufgabe der Währungspolitik ohne ausreichende demokratische Legitimation. Der Staat sei nach wie vor Basis und Garant einer demokratischen Ordnung, sodass die Delegation seiner Kernfunktionen wie der Währungspolitik auf andere Ebenen, in diesem Fall nach Brüssel, nur kritisch betrachtet werden könne. **Hankel** bezeichnete die Eurokrise als einen „Glücksfall" für jene Politiker, die eine vertiefte Integration im Europa anstrebten und eine Art „Superstaat" schaffen wollten. Die Krise biete ihnen die Möglichkeit, die in den Basisabkommen der Europäischen Union festgeschriebenen Hürden für weitere supranationale Kompetenzen auszuhebeln. Der von einer auswärtigen Instanz in Form der EZB verwaltete und somit für die Regierungen der Mitgliedsstaaten nicht zu kontrollierende Euro sei demnach Ausdruck einer missverstandenen und undemokratischen Europapolitik. Darüber hinaus warf **Hankel** der Europäischen Zentralbank vor, ihre vertraglich festgelegten Kompetenzen weit zu überschreiten. Die Basisabkommen schrieben ihr lediglich die Verantwortung für die Wahrung der Währungsstabilität zu; Maßnahmen zur Eurorettung gehörten nicht zu ihren Kompetenzen. Zusammenfassend könne man alle Probleme darauf zurückführen, dass die Übertragung der Währungspolitik auf eine supranationale Institution zu einer Situation geführt habe, in der sich niemand für die Währung verantwortlich fühle.

Auch die Art und Weise, wie Entscheidungen zur Eurorettung innerhalb der Europäischen Union getroffen worden seien, ließen, so **Hankel**, jegliche demokratische Legitimation vermissen, da die eigentliche Debatte lediglich in informellen Strukturen stattfinde. Den nationalen Parlamenten bleibe lediglich die Aufgabe der Ratifizierung von Abkommen, die an jeglicher Öffentlichkeit und an den Bürgern vorbei hinter verschlossenen Türen entstünden. Dies vergrößere in den europäischen Gesellschaften die Distanz zur europäischen Union.

Hankels Argumente lösten eine Diskussion über das Demokratiedefizit der Europäischen Union und seine Folgen für die Finanz- und Währungspolitik aus. So wies **von Heusinger** die Behauptung zurück, dass Demokratie nur auf nationaler Ebene möglich sei, und forderte entsprechende gesamteuropäische Strukturen. Auch **Egbert Jahn** unterstützte diese Ansicht und wandte ein, dass für ihn die unzureichende Integration das größte Problem für Europa und eine Demokratisierung der Strukturen innerhalb der EU die Lösung darstellten. Einen ähnlichen Standpunkt vertrat der ehemalige deutsche Verteidigungsminister **Volker Rühe**, indem er daran erinnerte, dass das Projekt Europäische Union von Anfang an mehr umfasst habe als den Zusammenschluss einzelner Nationalstaaten. Zwar könne die EU nicht zu einer Föderation wie etwa die USA werden, dennoch binde das europäische System die einzelnen Staaten aneinander. Das Denken in nationalstaatlichen Kategorien sei für das 21. Jahrhundert insgesamt nicht mehr angemessen, vielmehr müssten eine vertiefte Integration und größere Solidarität angestrebt werden. **Rühe** rief den schwierigen Weg in Erinnerung, der in Deutschland zu einer Föderation der Länder zurückgelegt worden sei, und vermutete, dass sich aufgrund größerer Komplexität dieser Prozess auf EU-Ebene noch langwieriger gestalten werde. Dennoch stelle die Einführung des Euro einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar. Dem stimmte auch **Karsten Voigt** zu und rief dazu auf, die Krise als Chance für eine Stärkung Europas und eine Verbesserung des europäischen Systems und seiner Mechanismen zu begreifen. Für eine vertiefte Integration sei es aber grundlegend, dass politisch und wirtschaftlich starke Staaten die Schwächeren unterstützten. Man könne nicht bestreiten, dass sich in Europa bereits ein System mit einem Kern und einer Peripherie herausgebildet habe. Deutschland gehöre dabei, ob gewollt oder ungewollt, dem Kern an und müsse sich auch entsprechend verhalten.

Nicht minder groß waren die Differenzen in der Frage, welche Wege aus der Krise herausführen könnten. **Wilhelm Hankel** präsentierte zwei mögliche Szenarien. Zum einen könne man die jetzige Politik weiterverfolgen und den Euro „um jeden Preis“ zu retten versuchen. Die Folge wäre eine Inflation bei den Gläubigern und eine Deflation bei den Schuldnern. Eine bessere Alternative stelle der Übergang zu einer Wechselkursunion dar. **Hankel** erinnerte daran, dass es in der Geschichte noch keinen Fall einer Union von Staaten mit einheitlicher Währung gegeben habe, wohl aber von Zusammenschlüssen mit Wechselkursabkommen. Da der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union die Möglichkeit des Übergangs zu einer Transferwährung biete, könne die gemeinsame Währung aufgegeben und ihr Vorläufer, die Währungseinheit ECU, wieder eingeführt werden. Als Ergebnis sei ein System zu etablieren, in dem die nationale und die gemeinsame Währung parallel existierten – in Anlehnung an das historische Beispiel der Auflösung des Habsburger-reiches. Der Vorteil bestehe darin, dass Wechselkurse sich wieder an die ökonomische Stärke jedes Landes anpassen, also eine Aufwer-

tung der Währung von Kreditgebern und eine Abwertung in Schuldner-Staaten stattfinden könnten. Zudem erleichtere ein solcher Schritt die Krisenbewältigung erheblich, da jedes Land wirksamere Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation und zur makroökonomischen Regulierung ergreifen könne, wenn es seine währungs- und geldpolitische Unabhängigkeit zurückerhalte. Ein flexibles Wechselkurssystem und die vollständige Abschaffung des Euro seien unumgänglich, damit nicht auch das politische Projekt Europa zum Scheitern verurteilt werde.

Auch **Ksenija Judajewa** räumte ein, dass mit der Abschaffung des Euro der notwendige Ausgleich der Zahlungsbilanzdefizite der Euro-Länder zweifellos stark beschleunigt werden könne; zugleich kritisierte sie aber **Hankels** Heranziehung von historischen Beispielen, indem sie anmerkte, dass die Auflösung einer Union – wie des Habsburgerreiches – stets zu großer Währungsinstabilität und Hyperinflation geführt habe. Eine Abschaffung des Euro sei daher ohne schwerwiegende, negative Konsequenzen so gut wie unmöglich. Sie plädierte für ein anderes Szenario: die Beibehaltung der Währung bei gleichzeitiger Stärkung der Bankenregulierung in Europa und einer zunehmenden Zentralisierung der Fiskalpolitik. Dabei stehe die Qualität der gemeinsamen Institutionen im Vordergrund, denn gerade schwache supranationale Institutionen hätten eine erfolgreiche Bewältigung der Krise bisher behindert. **Wolfram Schrettl** sprach gleichfalls die Befürchtung aus, dass die Auflösung der Währungsunion sich destabilisierend auswirken könnte, und zeigte sich überrascht angesichts der für einen Keynesianer ungewöhnlichen Position **Hankels**. Inflation sei die zwingende Folge der Rückkehr zu nationalen Währungen, das könne man aber nicht mit dem vorrangigen Ziel der Stabilität vereinbaren. Die aktuelle Politik der EZB dagegen erhöhe zwar die Geldbasis, wirke sich aber kaum auf die eigentliche Geldmenge (M3) aus. **Schrettl** unterstützte **Judajewas** Prognose für die weitere Bewältigung der Krise, zog aber auch die Möglichkeit in Betracht, Griechenland allein den Austritt aus der Währungszone zu ermöglichen. Damit würde das Land die Chance erhalten, sich wirtschaftlich zu erholen, ohne andere europäische Staaten zu destabilisieren. Selbst mit einer solchen Lösung seien negative Folgen verbunden, vor allem für Privatinvestoren; die Konsequenzen einer völligen Auflösung der Währungsunion wären dagegen katastrophal.

Auch **Robert von Heusinger** betonte in seinem einleitenden Vortrag die vielfältigen Gefahren einer Abschaffung des Euro. Eine wieder eingeführte Deutsche Mark etwa werde gegenüber allen anderen europäischen Währungen um 40 Prozent aufgewertet. Unter Berücksichtigung der Exportorientierung der deutschen Wirtschaft könne das zum Verlust von ca. drei Millionen Arbeitsplätzen führen. Ebenso würden deutsche Einlagen in Höhe von 400 Milliarden Euro in anderen Ländern der Euro-Zone stark an Wert verlieren. Daher seien Konzepte zur Krisenbewältigung vorzuziehen, die sich auf die Schaffung von besseren Mechanismen zur Bankenaufsicht und zur wirtschaftlichen Stabilisierung auf supranationaler Ebene konzentrieren. An dieser Stelle äußerte sich **von Heusinger** auch kritisch gegenüber der EZB, welche die Schaffung von zusätzlicher Liquidität umgehe und stattdessen eine Kreditaufnahme der europäischen Stabilitätsmechanismen bei den BRICS-Staaten favorisiere. Dies verstärke das Misstrauen gegenüber dem Euro und stelle keine adäquate Politik dar. Besser sei es, einen funktionierenden Sanktionsmechanismus zu etablieren, der auf der Ebene der EU Verstöße gegen die gemeinsamen Festlegungen etwa zu den Haushaltdefiziten der Mitgliedsländer ahndet. Dies

könne dazu beitragen, das Vertrauen in die Währung zu stärken und damit Diskussionen über eine Abschaffung des Euro und den Übergang zum ECU obsolet zu machen. Hier pflichtete **Aleksandr A. Dynkin** ihm bei und merkte an, dass der Erfolg einer gemeinsamen Währung ohne koordinierte Fiskalpolitik unmöglich sei. Die Krise sollte also als Ansporn begriffen werden, den Weg zu einer Fiskalunion zu beschreiten.

Hankel verteidigte seine These von der Notwendigkeit einer Auflösung der Währungsunion und zeigte sich skeptisch bezüglich der Möglichkeiten einer stärkeren Europäisierung. Er warf die Frage auf, wie ein starkes Europa auf einer so schwachen Währung aufgebaut werden könne. Das Misstrauen gegenüber dem Euro, das aktuell nicht von der Hand zu weisen sei, strahle gefährlich auf andere Bereiche aus, da es etwa Investitionen in innovative Technologien beschränke. Eine Politik, welche die ständige Emission von Geld erlaubt, sei dagegen unwirksam, da dies nichts an der Verschuldung ändere, sondern den Bankrott lediglich aufschiebe. Als Beispiel zog **Hankel** Island heran, dem es erst nach der Pleite gelungen sei, seine Schulden bei Privatanlegern vollständig und bei internationalen Kreditoren immerhin zu 50 Prozent abzubauen, ein Wirtschaftswachstum von 2-3 Prozent zu erreichen und die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Diesen Prozess müssten auch die sogenannten PIGS (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien) durchlaufen, um ihre Krisen zu bewältigen. Und nur außerhalb einer Währungsunion stünden ihnen dafür die traditionellen Instrumente zur Verfügung. Die Antwort auf die Krise, so **Hankel**, sei nicht eine verstärkte zentrale Regulierung, sondern die Rückkehr zu bewährten Marktmechanismen.

W. Hankel, R. von Heusinger

Einigkeit bestand bei den Teilnehmern dagegen in der Kritik der aktuellen Politik zur Krisenbewältigung. **Wilhelm Hankel** machte darauf aufmerksam, dass Griechenland seine haushaltspolitische Unabhängigkeit zunehmend verliere, da es sich dem strengen Spardiktat Brüssels zu unterwerfen habe. In der Geschichte finde sich jedoch nicht ein einziges Beispiel, dass ein Staat seinen Haushalt in einer Krisensituation sanieren und gleichzeitig seinen Verpflichtungen gegenüber den Kreditgebern nachkommen konnte. Daher sei eine Politik vorzuziehen, die eine nachhaltige ökonomische Entwicklung fördert; übermäßiger Sparzwang müsse abgelehnt werden. Dem pflichtete **Robert von Heusinger** bei und betonte, dass die Rettung der gemeinsamen Währung nur durch Wachstum, nicht aber durch Sparen gelingen könne.

In diesem Zusammenhang stellte **Ksenija Judajewa** fest, dass eine zunehmende Polarisierung von Interessen der einzelnen europäischen Staaten zu beobachten sei, was die Suche nach einer konstruktiven Lösung der Probleme erschwere. So übersehe Deutschland bei seinem Insistieren auf einer strikten Sparpolitik die Interessen der übrigen Staaten; dabei habe es wie kein

anderes Mitglied sowohl von der Währungsunion als auch von der hohen Kreditnachfrage aus den von der Schuldenkrise betroffenen Ländern in der europäischen Peripherie profitiert. Nun müsse Deutschland seine Haltung jedoch überdenken und auch eine Umorientierung seiner Wirtschaftspolitik einleiten, da seine exklusive Exportstellung in Zukunft nicht mehr haltbar sein werde. **Günter Joetze** unterstrich dagegen, dass die Verfolgung nationaler Interessen das zentrale Gesetz jeder staatlichen Politik darstelle und somit auch die Zukunft des Euro zum großen Teil davon abhänge, wie die Zweckmäßigkeit seiner Beibehaltung in der deutschen Politik und Öffentlichkeit eingeschätzt werde. Die Frage sei also, ob die gemeinsame Währung nach wie vor deutschen nationalen Interessen förderlich sei. An dieser Stelle gab **Detlef Puhl** zu bedenken, dass ein übermäßiger Fokus auf Deutschland auch Gefahren mit sich bringe. Er erinnerte daran, dass das Verhältnis zu Deutschland sich gerade in den südlichen Ländern Europas stark zum Negativen verändert habe. Somit könne das Projekt der europäischen Integration gefährdet werden, wenn das Land zu stark auf seinen eigenen Interessen beharre und die Krise allein von dieser Warte aus interpretiere.

Andrej W. Sagorskij, **Hans-Friedrich von Ploetz** und **Günter Joetze** fragten im weiteren Verlauf des Panels nach den möglichen Auswirkungen der Eurokrise auf Russland. Sie seien, so **Judajewa,** in jedem Fall negativ. Sollte sich die Wirtschaftskrise im Euro-Raum vertiefen, bedeute dies auch für die Russische Föderation eine erneute Rezession und den Verlust von Kapital in Form von Auslandsinvestitionen. Die EU sei schließlich der größte Handelspartner Russlands, vor allem auch im Bereich des Rohstoffexports: Das wichtigste Exportgut sei Erdgas. Die Krise in Europa wirke sich aber negativ auf die Gaspreise aus, wobei diese Entwicklung bisher noch durch Energiepreissteigerungen im Zusammenhang mit dem „arabischen Frühling", dem Irankonflikt und der Atomkatastrophe in Fukushima kompensiert werde. Weitaus gravierender könnten die Auswirkungen für die russische Wirtschaft jedoch sein, trete eine Abschwächung des Wachstums in China ein.

Auch **Ulrich Brandenburg** sah Russland durch die Euro-Krise geschädigt und führte das auf eine enge Verflechtung im Finanzsektor zurück. Daraus leite sich das russische Interesse an einer Beibehaltung des Euro ab. Dem stimmte auch **Irina J. Kobrinskaja** zu und betonte, dass Russland sich auf eine starke EU verlasse und die Destabilisierung im Zusammenhang mit der Krise als großes Problem betrachte. Sie fügte hinzu, dass Währungsspekulationen, die zu einer weiteren Schwächung des Euro führten, von Moskau klar abgelehnt würden. Damit zeige sich, dass Russland von der Eurokrise aus keinem Blickwinkel profitieren könne. **Wladimir Handl** gab allerdings zu bedenken, dass Russlands Verhältnis zur EU doppeldeutig sei. Man habe sich im Kreml noch nicht entschieden, ob man Beziehungen zur Union als Ganzes oder doch zu den einzelnen Mitgliedsstaaten favorisieren solle. Daher stelle sich die Frage, welche Auswirkungen die gemeinsame Euro-Währung bisher tatsächlich auf die Handelsbeziehungen zwischen Russland und Europa gehabt habe.

Darauf wandte **Judajewa** ein, dass es für die russische Wirtschaft vorteilhafter sei, die gemeinsame Währung beizubehalten als zum System nationaler Währungen zurückzukehren. In der Politik dagegen gelinge es weitaus besser, Beziehungen zu einzelnen Mitgliedsstaaten aufzubauen, als zur Europäischen Union. Das hindere Russland jedoch nicht daran, sich um einen

aktiven Beitrag zur Bewältigung der Krise zu bemühen. In diesem Zusammenhang erinnerte **Judajewa** an die russische Zusage von 10 Milliarden US-Dollar für den IWF-Krisenfonds beim Treffen der Finanzminister der G20-Länder im April 2012. Moskau komme also seinen Aufgaben im Rahmen der internationalen Vereinbarungen und Institutionen nach. Damit fand auch die von **Irina Kobrinskaja** und **Ulrich Brandenburg** aufgeworfene Frage, ob Russland sich daran beteiligen wolle, die gemeinsame Währung in Europa zu stützen, eine positive Antwort. Letzterer betonte zudem die Bedeutung dieser Bereitschaft, indem er aufzeigte, dass gerade die Russische Föderation mit ihrer niedrigen Staatsverschuldung und hohen Reserven die notwendigen Ressourcen besitze und somit eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung der Eurozone spielen könne.

Abschließend fragte **Wladimir G. Baranowskij** nach der Bedeutung des europäischen Integrationsprojektes als Modell für Russland. Er bezog sich auf die Initiativen zur Bildung einer Eurasischen Union mit Weißrussland und Kasachstan und stellte fest, dass es unklar sei, ob die Erfahrungen der EU für diese Projekte ein positives oder ein negatives Beispiel lieferten. In Russland spalte sich die Meinung darüber in zwei Lager – die „Eurooptimisten“ und die „Europessimisten“. Unter Berücksichtigung der Argumente beider Seiten werde die russische Regierung jedoch zwei prinzipielle Fragen klären müssen: Zum einen, ob die politische Integration Vorläufer der ökonomischen sein müsse; zum anderen, ob sich eine Supranationalisierung förderlich oder vielmehr schädlich darauf auswirke.

Panel 2

Russland nach den Wahlen I – das Ende einer Ära?

Das zweite Panel stand im Zeichen der Dumawahl sowie der Wiederwahl Wladimir Putins zum Präsidenten der Russischen Föderation. Dabei wurde vor allem die Rolle der neu entstandenen Protestbewegung thematisiert. Welche Forderungen vertritt sie und wird sie eine Alternative zum bestehenden politischen System bieten können? Im Verlauf der Diskussion wurde deutlich, dass der wichtigste Akteur der Opposition – die „Mittelschicht“ – noch kein klar zu fassendes Phänomen darstellt. Ebenso unklar ist die Zukunft der Protestbewegung, nachdem ihre wichtigste Forderung – die Verhinderung einer dritten Amtszeit Putins – nicht erfüllt wurde. Daneben diskutierten die Teilnehmer Möglichkeiten, innerhalb des bestehenden Systems politische und wirtschaftliche Reformen umzusetzen und so eine umfassende Modernisierung des Landes zu erreichen. Die wichtigste Prämisse für einen erfolgreichen Wandel identifizierte **Andrej W. Rjabow**: Die Regierung müsse aufhören, die Bevölkerung als Herrschaftsobjekt zu begreifen; vielmehr solle sie in ihr ein Subjekt und einen Partner erkennen. Auf dem Weg dorthin sollte die Europäische Union Russland unterstützen und begleiten. Dazu müsse jedoch die Rolle eines „ungeduldigen Nachbarn“ aufgegeben werden, wie **Franz Thönnes** forderte.

In seiner Einleitung stellte **Reinhard Krumm** zunächst fest, dass die politische Konstellation in Russland Auswirkungen auf die gesamte internationale Politik habe. Zudem sei es gerade in letzter Zeit zu mehreren wichtigen Entwicklungen gekommen: Dazu gehörten die in kurzem Abstand abgehaltenen Duma- und Präsidentschaftswahlen, einige Reformen wie etwa das kürzlich verabschiedete Parteiengesetz sowie die Protestbewegung, der es gelang, eine für Russland ungewohnt breite öffentliche Debatte anzustoßen. Daraus lasse sich schließen, dass freiheitliche Räume in Russland größer würden, was auch einige kleinere Erfolge wie etwa die Bürgermeisterwahl in Jaroslawl bewiesen, wo der Oppositionskandidat in einer transparenten Wahl 70 Prozent der Stimmen gewinnen konnte. Andererseits bemängelte **Krumm**, dass die Entwicklungsstrategie für Russland bis 2020 ohne große Resonanz geblieben sei und die vier drängendsten Probleme weiterhin nach einer Lösung verlangten: 1) Demografie, 2) Entwicklung der Region Sibirien, 3) Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze, 4) stabile Wirtschaftsentwicklung.

Andrej Rjabow begann seinen einführenden Vortrag mit dem Hinweis, dass grundsätzlich Einvernehmen darüber bestehe, welche Reformen in Russland notwendig seien. Dennoch gestalte sich ihre Umsetzung problematisch, da jede wirtschaftliche Entwicklung, die seit der schweren Wirtschaftskrise von 2008 angestrebt würde, zunächst der Veränderung des politischen Systems bedürfe. Dies unterscheide Russland beispielsweise von der Europäischen Union, die zwar ebenfalls mit ökonomischen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, aber auf ausgestaltete demokratische Institutionen bauen könne. Gleichzeitig wies er die vereinfachende Dichotomie Demokratie versus Autokratie zurück, denn dabei gehe der Blick für die Komplexität der Situation in Russland verloren. In diesem Zusammenhang machte er zunächst darauf aufmerksam, dass ein Defizit an Akteuren bestehe, die einen Wandel hin zu mehr Demokratie vorantreiben könnten. Putin würde, so **Rjabow**, von zahlreichen Bevölkerungsgruppen weiterhin unterstützt, für die der Status quo die wünschenswertere Option darstelle, denn sie hätten jegliche Veränderungen in Russland – so wie in den Wirren der 1990er Jahre – als etwas Negatives erlebt. Die Herausbildung der neuen Mittelschicht als einflussreiche Gruppe gestalte sich dagegen insofern schwierig, als ihr eine gemeinsame politische Vision fehle. Ein positiver Effekt bleibe allerdings zu verzeichnen: Durch die Proteste sei eine neue Tagesordnung und eine neue Form der Öffentlichkeit in Russland geschaffen worden. Dennoch reiche dies vorerst nicht aus, um die große und stabil aufgestellte Regierungsmacht Putins ernsthaft herauszufordern.

Die Frage nach den Akteuren des Wandels – also überwiegend die neue Mittelschicht des Landes – wurde von den Teilnehmern vielfach aufgegriffen und kontrovers diskutiert. Dabei zeigte sich deutlich, dass es sich um ein neuartiges, noch nicht klar definierbares Phänomen handelt: Während **Jewgenij S. Gontmacher** nach einer konservativen Schätzung von gerade einmal 5 bis 10 Prozent der Bevölkerung als Mittelschicht ausging und **Hans-Henning Schröder** 15 bis 20 Prozent nannte, verwies **Peter W. Schulze** auf eine Umfrage des *Levada-Center*, nach der sich ganze 64 Prozent der russischen Bevölkerung selbst zur Mittelschicht rechneten.

Ein ähnlich widersprüchliches Bild ergab sich bei dem Versuch, diese Bevölkerungsgruppe als neuen politischen Akteur zu betrachten. So erinnerte **Schröder** daran, dass es zwar eine ge-

meinsame Forderung nach mehr Normalität und Partizipation gebe, die Mittelschicht dennoch in sich heterogen bleibe. Zudem bestehe eine Herausforderung darin, dass die Opposition in Russland nur wenig politisch sei und eine allgemeine Skepsis gegenüber Politikern vorherrsche. Auch **Patrizia Flor** unterstützte diese Einschätzung und bekräftigte, dass es sich erst in Zukunft zeigen werde, ob aus dieser Gruppe eine dauerhaft wirkende politische und gesellschaftliche Kraft entstehen könne. Dagegen spreche beispielsweise die Beteiligung nationalistischer Elemente an den Protesten, welche die Opposition auch zur Gefahr für Freiheit und Demokratie machen könnten. **Schulze** merkte ebenfalls an, dass die Mittelschicht in Russland eher konservativ und auf die Wahrung von Status und Besitz bedacht sei; Veränderungen mit ungewissem Ausgang seien nicht in ihrem Interesse. Andererseits verwies er darauf, dass bei hohen Ölpreisen die ökonomische Differenzierung in der russischen Gesellschaft weiter voranschreiten und vor allem die Mittelschicht Zuwächse verzeichnen könnte. Dies lasse erwarten, dass deren Relevanz auch für die Politik zunehme. Aktuell hätte die Protestbewegung jedoch kein anderes klares Ziel gehabt als die erneute Präsidentschaft Putins zu verhindern. Auch **Franz Thönnes** bemängelte, dass die Akteure der Proteste im Augenblick keine für die russische Bevölkerung verlässliche politische Alternative zum bestehenden System anbieten könnten. Eine liberale Plattform müsse zunächst noch aufgebaut werden, und es bleibe abzuwarten, welche Rolle dabei beispielsweise die Gewerkschaften spielten und wie sich die Spielräume ausgestalteten, innerhalb derer Veränderungen angestoßen werden könnten. Dem stünden aber unter anderem strukturelle Besonderheiten des russischen Systems im Wege, namentlich die Fixierung auf Moskau sowie eine starke Personalisierung der Politik.

Im weiteren Verlauf der Diskussion stellte **Andrej Rjabow** fest, dass die „Krise des Vertrauens" gegenüber der Regierung fortbestehe und ein grundsätzliches Problem darstelle, das immer wieder zur Eskalation führen könne. Es gelte nun für die politische Elite, Einsicht in die aktuelle Lage im Land zu gewinnen und die Bevölkerung als Partner, als Subjekt und nicht als Herrschaftsobjekt zu betrachten. Auch **Schröder** war der Ansicht, dass es der Regierung um Putin an Glaubwürdigkeit fehle, und fügte hinzu, dass dies zusätzlich durch das Internet verstärkt werde, das eine andere Öffentlichkeit und eine „Welt alternativer Informationen" anbiete. Ferner sei es unklar, wie **Thönnes** zu bedenken gab, auf welcher Ebene die Reformbemühungen ansetzen sollten: Während für einen Teil der Opposition Wandel nur über Moskau möglich sei, betrachteten andere die Regionen des Landes als die entscheidenden Akteure der Veränderung. Dadurch sei es schwierig, zu einer sinnvollen Kooperation zwischen Regierung und Bevölkerung zu gelangen. Hierzu wandte **Barbara von Ow-Freytag** ein, dass sich diese Unsicherheit nach der Wahl Putins weiter verstärkt habe. Während es zur Zeit der Präsidentschaft Medwedews zumindest halbherzige Re-

B. von Ow-Freytag, R. Krumm

formansätze gegeben habe und mit INSOR eine vergleichsweise kritische und offene Plattform geschaffen worden sei, stelle sich nun die Frage, wie es damit weitergehe.

In diesem Zusammenhang bemerkte **Andrej Rjabow**, dass die Wahl der richtigen Strategie zur Bewältigung der politischen Krise im Augenblick die zentrale Aufgabe der russischen Regierung darstelle. Zwecks Machterhalts bemühe sie sich um Stabilität, doch dabei stünden ihr verschiedene Hindernisse im Weg. Zum einen sei das politische System von der bürokratischen Elite „einverleibt" und diese mangelnde Autonomie führe geradezu zur Machtlosigkeit. Ferner gelte es, „Stabilität" und „Reform" nicht mehr als Antithesen zu diskutieren, sondern einen Weg zu finden, wie eine positive Dynamik ausgelöst werden könne, ohne dass dabei Konflikte entstehen.

Zum anderen müsse man die Ereignisse in Russland stets vor dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung betrachten. So habe beispielsweise die Wirtschaftskrise im Jahre 2008 ein Umdenken auch innerhalb der Administration ausgelöst, das laut **Rjabow** als Wandel vom Präsidenten- hin zu einem Verhandlungs- und Moderatorenmodell zu interpretieren sei. Doch der erneute Anstieg des Ölpreises und das damit einsetzende Wirtschaftswachstum bremsten, wie **Jewgenij Gontmacher** einwandte, diesen Prozess aus. Er mahnte jedoch an, die heutige positive Wirtschaftslage lediglich als eine kurze, nur zwei bis drei Jahre dauernde, Erholungspause zu betrachten und diese Gelegenheit zu nutzen, um eine nachhaltige und durchdachte Modernisierung der Wirtschaft anzugehen. Bisher seien die Vorstellungen der Regierung und ihre Umsetzung eher enttäuschend: Reformen würden nicht langfristig und strategisch geplant, sondern passierten aus dem Stegreif; gleichzeitig lasse die Entwicklungsstrategie Ansätze zur gesamtgesellschaftlichen und politischen Veränderung vermissen und konzentriere sich stattdessen auf fragmentierte technologische Reformen. Zudem sei selbst die Umsetzung dieser Ziele zweifelhaft, da beispielsweise die Ausgaben für Rüstung in Russland jene für das Bildungs- und Gesundheitssystem weiterhin überstiegen. Als zusätzliches Problem benannte **Gontmacher** die Tatsache, dass die breit angelegten geplanten Sozialprogramme von der schwächelnden Wirtschaft kaum getragen werden könnten; dies werde durch den demografischen Wandel noch verschärft, also die Verringerung der Zahl der arbeitenden Bevölkerung. Als Lösung käme eine Verbesserung des Investitionsklimas in Frage – Russland belege bei der Unternehmerfreundlichkeit im internationalen Vergleich eher die hinteren Ränge –, was aber entschiedene institutionelle Veränderungen in Politik und Justiz erfordere. **Hans-Henning Schröder** unterstrich die Bedeutung der Wirtschaft für die politische Stabilität des Landes, indem er aufzeigte, dass mit der Wachstumsphase 2000-2008 eine Verbesserung der ökonomischen Situation aller Schichten einherging, was die Akzeptanz des politischen Systems und die Unterstützung für die Regierung beförderte. Mit der Krise von 2008 geriet dieses Gefüge jedoch ins Wanken. Daher müsse die Krisenstrategie der Administration neben dem Dialog mit der liberalen Mitte auch die Einbindung der gesamten Bevölkerung durch die Bekämpfung von Korruption, die Steigerung der Einkommen und die Garantie von Sozialleistungen umfassen. Trotz der dringenden Notwendigkeit von Reformen mahnte **Franz Thönnes** an, bestehende strukturelle Hindernisse, die sich nicht kurzfristig verändern ließen, nicht außer Acht

zu lassen. Hier nannte er exemplarisch monoindustrielle Strukturen, die teilweise ganze Städte umfassten.

Neben dieser Strategie zur ökonomischen Entwicklung des Landes werde vor allem der Wille zur politischen Umgestaltung entscheidend dafür sein, wie die „Krise des Vertrauens" gemeistert werden könne, wie **Gontmacher** aufzeigte. Er empfahl eine entschiedene Verschlankung des Staates mit seinen rückständigen Institutionen, da dieser in Russland eine viel zu große Rolle spiele; gleichzeitig sei es sinnvoll, eine Dezentralisierung anzustreben, sodass politischer Wettbewerb auf regionaler Ebene sich weiter entwickeln könne. So sei das Land auch heute schon weniger eine „Föderation" als eine „weiche Konföderation" einzelner Einheiten, was oftmals zu einer Verzerrung der von der Hauptstadt ausgehenden Signale führe. **Schröder** fragte zudem nach der Lernfähigkeit der politischen Elite. Diese Frage wurde kontrovers diskutiert. **Gernot Erler** bot Beispiele für eine positive Entwicklung an. So erinnerte er daran, dass zunächst, unmittelbar nach den Duma-Wahlen, zahlreiche Demonstranten verhaftet worden seien, während kurz darauf geordnete Veranstaltungen ohne Ausschreitungen und Unterdrückung seitens der Polizeikräfte stattgefunden hätten. Ebenso bewertete er den von Putin vorgebrachten Vorschlag zur Einrichtung von Webcams und die Zulassung von zivilen Wahlbeobachtern in großer Zahl als Schritte in die richtige Richtung. **Volker Rühe** äußerte sogar die Hoffnung, dass der zum dritten Mal gewählte Präsident diese Chance nutzen wolle, um als derjenige in die Geschichte einzugehen, der endlich ein modernes Russland geschaffen habe. **Gontmacher** wies diese Vorstellung allerdings entschieden zurück, da Putin diese Chance schon in der Vergangenheit nicht habe ergreifen wollen, sondern Russland mit seiner Politik vielmehr immer weiter vom Westen entfernt hätte. Es sei eher zu erwarten, dass er weiter an Unterstützung der Bevölkerung einbüßen werde, die ihn schon heute nicht mehr als den charismatischen Führer akzeptiere. Auch **Rjabow** stimmte dieser pessimistischen Einschätzung zu und erklärte, dass selbst die wenigen bisher eingeleiteten Reformen taktischen, machterhaltenden Charakter besäßen. Abschließend betonte **Hans-Friedrich von Ploetz**, dass man Stabilität und Reform nicht als Antithesen betrachten dürfe, da dies eine Rechtfertigung eines nicht hinzunehmenden Stillstandes böte. Dabei habe der arabische Frühling eindrucksvoll bewiesen, dass gerade die Reformverweigerung zu großer Instabilität führen könne. Schon heute zeigten Umfragen, dass mehr als 20 Prozent der russischen Bevölkerung in Erwägung zögen, das Land zu verlassen. Wenn keine Veränderung eintrete, lasse dies nur eine düstere Prognose für die Zukunft Russlands zu.

Angesichts dieser schwierigen Situation stellte sich die Frage, wie die Europäische Union und die europäischen Staaten die zukünftige Kooperation sinnvoll ausgestalten könnten. **Patricia Flor** merkte an, dass für die westlichen Partner nur eine umfassende Modernisierung in Frage käme, die auch zivilgesellschaftliche Elemente stärke; unter dieser Voraussetzung sei Europa bereit, durch Wissens- und Technologietransfer unterstützend zu wirken, wie etwa im Rahmen der „Modernisierungspartnerschaft". Auch andere Teilnehmer vertraten die Ansicht, dass wohlwollende Kooperation die einzig sinnvolle Alternative für die Beziehungen sei. So betonte **Thönnes**, dass man nicht zum „ungeduldigen Nachbarn" werden dürfe und Verständnis für die langen Jahre der russischen Geschichte aufbringen müsse, in denen Diktatur und Wirren

geherrscht hätten. **Günter Joetze** kritisierte die Tendenz des Westens, Russland auf Abstand zu halten, Fortschritte außer Acht zu lassen und die Zusammenarbeit dadurch zu behindern. Dabei gelinge es beispielsweise immer mehr europäischen Unternehmen, funktionierende Partnerschaften aufzubauen und dadurch die Modernisierung der russischen Wirtschaft zu unterstützen. Auch **Stefanie Weiss** machte darauf aufmerksam, dass sich Russland und die Europäische Union nicht besonders stark unterschieden und ähnlichen Herausforderungen gegenüberstünden. Die Krise der EU zeige, dass es auch dort institutionellen Wandel geben müsse, doch liege der Fokus der Politik weiterhin auf der Wirtschaftsentwicklung und nicht auf dem Governance-Bereich. Daher sei eine Annäherung an Russland nicht abzulehnen, sondern es seien die Gemeinsamkeiten zu betonen.

Panel 3

Russland nach den Wahlen II – neue Kooperationschancen?

Thema des zweiten den Wahlen in Russland gewidmeten Panels waren die Beziehungen zu seinen Partnern in Europa und der NATO. Dabei konnten die Teilnehmer an die Diskussion im vorhergehenden Panel anknüpfen, in dem sich als Ergebnis festhalten ließ, dass die westlichen Staaten Unterstützung anbieten und Verständnis für einen „russischen Weg" zur Modernisierung und Demokratisierung aufbringen sollten, ohne jedoch die eigenen Werte außer Acht zu lassen.

Im Verlauf der Debatte zeigte sich, dass die Beziehungen weiterhin durch mehrere Störpotenziale belastet sind. Dazu zählen hauptsächlich sicherheitspolitische Themen, wie die Raketenabwehr in Europa, bei der ein Entgegenkommen beiden Seiten aufgrund vitaler nationaler Interessen schwerfällt. Zusätzlich wies **Wladimir G. Baranowskij** darauf hin, dass das Denken von – den heutigen Anforderungen nicht mehr entsprechenden – Konfrontationsschablonen bestimmt werde, die eine Annäherung verhinderten. Aber auch die Integrationsbemühungen Russlands im postsowjetischen Raum, die ungeklärte Frage des visafreien Reiseverkehrs und die vertragslose Situation mit der Europäischen Union sowie die Kontroverse um die richtige Vorgehensweise in Syrien ließen sich als maßgebliche Hindernisse identifizieren. Die Wahlen in Russland hätten, wie **Gernot Erler** betonte, Auswirkungen auf alle diese Fragen und stellten womöglich eine wichtige Weichenstellung für die zukünftige Entwicklung dar: Eine Rückkehr zum *status quo ante* sei jedenfalls weder für die russische Regierung, noch für die erstarkende Opposition und die Partner im Westen möglich. Dies könnte eine Chance darstellen, das Nullsummendenken zu überwinden und zu einem System der kooperativen statt konfrontativen Sicherheit überzugehen. Das Ziel müsse sein, wie **Klaus Wittmann** plastisch formulierte: kein Reset, sondern ein völlig neues Programm für die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen zu schreiben.

Schon am Eröffnungsabend der Schlangenbader Gespräche waren die Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Staaten auf kontroverse Weise von den zwei Rednern des Abends thematisiert worden: **Wjatscheslaw I. Trubnikow**, ehemaliger Stellvertretender Außenminister der Russischen Föderation, und **Volker Rühe**, Bundesverteidigungsminister a.D. Zunächst stellte **Trubnikow** fest, dass Russland ein wichtiger Akteur in der internationalen Politik sei. Es

sei als Partner gefragt und dürfe daher nicht als bloßes Objekt angesehen werden, das von anderen Staaten nach Belieben verändert werden könne. Bemerkenswerter politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Wandel finde heute schon statt, Russland sei vor allem sehr an einem „Auftauen“ des heute herrschenden „Kalten Friedens“ interessiert. Dennoch richte sich die Außenpolitik hauptsächlich nach dem nationalen Interesse, und nur in diesem Kontext könne eine Zusammenarbeit mit dem Westen gelingen. Weiterhin wies **Trubnikow** auf einige internationale Herausforderungen hin, die dringend nach Lösung verlangten, notfalls auch ohne Beteiligung der USA. Letztere beschäftigten sich im Augenblick ohnehin mit ihrem Präsidentschaftswahlkampf und hätten sich zudem in einigen Situationen als unzuverlässiger Partner erwiesen. Als kritische Beispiele könne man die noch immer ungeklärte Lage in Afghanistan und den aus russischer Sicht zweifelhaften Einsatz in Libyen anführen. Daher sei eine Zusammenarbeit innerhalb des europäischen Kontinents vorzuziehen, zumal hier eine historische Verflechtung und Vermischung zu einer gemeinsamen Identität beitrage. Abschließend betonte **Trubnikow**, dass in einigen Bereichen die nationalen Interessen Russlands besonders stark berührt würden – so bei der Raketenabwehr der NATO und den taktischen Nuklearwaffen. Der Westen müsse dies anerkennen und bei jeglicher Diskussion zu diesen Fragen berücksichtigen, sonst wäre ein für beide Seiten tragfähiger Kompromiss nur schwer erreichbar.

V. Rühe

Volker Rühe reagierte auf diese dem Westen gegenüber kritische Position seines russischen Kollegen, indem er zunächst bedauerte, dass es so viele Jahre dauere, die Denkmuster aus den Zeiten des Kalten Krieges zu überwinden. Selbst nach dem Zweiten Weltkrieg, der Millionen von Toten gefordert habe, sei dies schneller geschehen: Die Zäsur nach dieser menschlichen Katastrophe und damit die Notwendigkeit, zu einer neuen Denkweise überzugehen, sei für alle Länder sehr deutlich gewesen. Doch heute, nach dem Kalten Krieg, gelinge dies nicht und so könnten aktuelle Probleme wie die Abrüstung nicht gelöst werden. Besonders kritisierte **Rühe** die Tatsache, dass sich trotz völlig neuer Herausforderungen die militärischen Strukturen in den letzten 20 Jahren kaum verändert hätten. Zudem herrsche auf beiden Seiten Misstrauen; die für die Kooperation wenig hilfreiche Einschätzung Mitt Romneys im März 2012, Russland sei für die USA geopolitisch der Feind Nr. 1, demonstriere dies eindrucksvoll. Er erinnerte daran, dass sich die Stärke eines Landes bei den heutigen veränderten Anforderungen nicht an der Zahl der Waffen messen lasse, sondern an der Wirtschaftsleistung, der Technologie und an einem für die Bevölkerung attraktiven politischen System. Bei all diesen Faktoren habe Russland zwar noch Nachholbedarf, doch wenn mehr Vertrauen geschaffen würde, wirke sich das positiv für alle Beteiligten aus. Abschließend äußerte **Rühe** die Hoffnung, dass im Falle einer Wiederwahl von

Obama die Worte in der Antrittsrede lauten würden: „Russland ist kein strategischer Feind, sondern ein Verbündeter".

Wie die beiden Beiträge dokumentieren, liegen die Positionen in der Frage des gegenseitigen Umgangs zwischen Russland und dem Westen sowohl im Grundsätzlichen, aber auch in manchen Detailfragen noch weit auseinander. Dennoch – oder deswegen – lenkte **Aleksandr. W. Gruschko** zu Beginn seines einleitenden Vortrags den Blick zunächst auf jene Bereiche, in denen die Zusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union gut funktioniere. Er betonte, dass Europa einen besonderen Status in der russischen Bevölkerung besitze und großen Einfluss auf das politische und gesellschaftliche Leben ausübe. Daher betreibe Russland zahlreiche Integrationsprojekte, etwa innerhalb des Europarats oder durch den anstehenden Beitritt zur WTO. Aktuell genieße aber das Projekt der „Vier Gemeinsamen Räume" vorrangige Bedeutung, ebenso wie die Zusammenarbeit im Rahmen von Europol, Eurojus und der neu angestoßenen „Modernisierungspartnerschaft". Vor allem letztere verfüge über eine solide politische Basis und könne eine Reihe von gut funktionierenden Projekten aufweisen. **Gruschko** erinnerte auch an die Intensität des Dialogs und Austauschs zwischen den Partnern, die an den halbjährlichen Gipfeltreffen sowie den jährlich 24 Konsultationen und 15 sektoralen Dialogen deutlich werde. Auch dürfe man die ökonomische Dimension der Beziehungen nicht außer Acht lassen, denn Russland bleibe für die EU ein wichtiger Partner bei Investitionen und Handel – letzterer hätte 2011 trotz der Krise in der EU eine Rekordhöhe erreicht. Kritisch betrachtete er dagegen die immer noch stockenden Verhandlungen über ein neues Basisabkommen: Hier sei die russische Hoffnung auf eine strategische Zusammenarbeit mit der EU bisher enttäuscht worden. Er bemängelte, dass die Europäische Union auf einer rechtlichen Verbindlichkeit des Dokuments bestehe und ein zu detailliertes Abkommen anstrebe. Dieses umfasse aus russischer Sicht zu viele Bereiche und würde daher zu komplex; sinnvoller sei es, ein Grundlagendokument abzuschließen und dieses mit Sektoralabkommen für die einzelnen Kooperationsfelder zu flankieren. Zudem sei es unrealistisch, im Wirtschaftsbereich, wie von der EU gewünscht, über die Anforderungen der WTO hinauszugehen. Selbst der Beitritt zur Welthandelsorganisation und die Umsetzung ihrer Anforderungen würden noch einige Zeit erfordern, da Russland erst einmal die Folgen verkraften müsse. Hier stellte **Patricia Flor** allerdings die Frage, inwiefern unter diesen Umständen das Basisabkommen einen Mehrwert darstelle, wenn es ohnehin nicht über die WTO-Richtlinien hinausgehe.

A.W. Gruschko, K.I. Kosatschew

Ein weiteres problematisches Feld sah **Gruschko** in der energiepolitischen Zusammenarbeit, wo die EU einen „inakzeptablen Unilateralismus" praktiziere. Er kritisierte, dass die Europäische

Union nicht bereit sei, langfristige Entscheidungen auf der Grundlage einer gemeinsamen normativen Basis zu treffen, während Russland sich für neue Energieprojekte und einen Energiedialog einsetze. Die europäischen Partner betrachteten die eigenen Regeln für den Energiemarkt als einzig mögliche Richtlinie und seien nicht bereit, Russland in deren Ausgestaltung einzubeziehen. Zusammenfassend hielt **Gruschko** fest, dass zwar täglich Ideen für neue Kooperationsprojekte entstünden, doch müsse man sich die Frage stellen, ob Qualität der Quantität nicht vorzuziehen sei. Aus russischer Sicht impliziere Qualität aber, als gleichberechtigter Partner behandelt und in Entscheidungen einbezogen zu werden, nicht Regeln befolgen zu müssen, die andere gemacht hätten. Dies bekräftigte auch **Konstantin I. Kosatschew** und ergänzte, dass Russland nur dann einen wertvollen Beitrag zur Bewältigung der internationalen Herausforderungen leisten könne, wenn es als Partner, nicht als Gegner wahrgenommen und schon in der Anfangsphase von Projekten die russische Beteiligung auf der Basis von Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit zugelassen werde.

Gernot Erler merkte einleitend an, dass es auch vonseiten der EU einige Bemühungen um eine Annäherung an Russland gegeben habe. Ein Beispiel sei die „Modernisierungspartnerschaft", die zu einem wichtigen Teil der Beziehungen geworden und erstmals 2008 vom damaligen deutschen Außenminister Steinmeier vorgeschlagen worden sei. Nicht zuletzt in den Bereichen moderne Verwaltung und Zivilgesellschaft sei die Europäische Union bereit, Unterstützung zu leisten. Dennoch stießen viele Angebote auf wenig Resonanz, was auch zu einer gewissen Frustration im Westen führe. **Erler** äußerte die Hoffnung, dass Putin sich in seiner dritten Amtszeit an den begonnenen Projekten orientieren werde. Dagegen stellte **Kosatschew** fest, dass die Entwicklung der Beziehungen momentan höchst ungewiss sei. Nach der Wahl Putins befinde sich nicht nur Russland im Wandel; dies treffe in hohem Maße auch auf die EU zu, wo die Euro-Krise und die Abwahl von Präsident Sarkozy politische Veränderungen erwarten ließen. Positiv sei dagegen der unabhängig von der politischen Konjunktur rege stattfindende Jugend-, Kultur- und Wissenschaftsaustausch zu bewerten, da dieser eine weitere Annäherung zwischen den Gesellschaften bewirke. Dieser Einschätzung widersprach **Peter W. Schulze** und bemängelte, dass die Kooperation der Zivilgesellschaften in Russland und Europa bisher unzureichend sei. Die Initiative des Petersburger Dialogs etwa besitze lediglich auf offizieller Ebene Relevanz, während die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure zu kurz komme. Immerhin sei die intensive Kommunikation zwischen der EU und Russland zu loben, trotz des vertragslosen Zustands.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Visa-Frage aufgeworfen. So betonte **Aleksandr Gruschko** die Bedeutung des visafreien Personenverkehrs für die Beziehungen und stellte fest, dass der Widerstand der EU in diesem Punkt schädlich auch für die Zusammenarbeit in anderen Bereichen sei. Er bezeichnete die Visafreiheit als einen „Lackmustest" für das Gelingen der Kooperation; es handle sich um eine qualitative, weil positive Veränderung. In Anlehnung an die Forderung von **Volker Rühe** vom Vorabend, neue Strukturen zu schaffen, die den heutigen Problemen und Herausforderung gerecht würden, sprach sich auch **Irina J. Kobrinskaja** dafür aus, das veraltete Sicherheitsdenken zu überwinden und den kommenden Generationen neue, zeitgemäße Strukturen zu bieten: Dazu gehöre auch die Visafreiheit. **Gernot Erler** stimmte

diesen Forderungen zwar grundsätzlich zu, erinnerte aber daran, dass auch Russland bei seinen Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen erhebliche Hürden aufstelle.

Dass bei der Beurteilung der Kooperationsmöglichkeiten zwischen Russland und Europa der russische innenpolitische Faktor nicht außer Acht gelassen werden könne, war für **Erler** ein zentrales Thema. Er sprach von einem langfristigen Prozess des Wandels im Land, der mit der Ankündigung der „Rochade" am 24.9.2011 begonnen und seinen Ausdruck auch im Vertrauensverlust für die Regierungspartei „Einiges Russland" gefunden habe sowie in der Entwertung der Parlamentswahlen und in den darauffolgenden Demonstrationen. All dies wirke sich auch auf die Beziehungen zum Westen aus. Hier sei nicht so sehr entscheidend, dass die Opposition ihre gesetzten Ziele – transparente Wahlen und ein Russland ohne Putin – nicht habe erreichen können, sondern vielmehr die neue Offenheit und Diskussion dieser Themen, was eine Rückkehr zum *status quo ante* unmöglich mache. So seien auch einige kleine Erfolge zu verzeichnen gewesen wie die Zulassung zahlreicher Wahlbeobachter und die Webcam-Initiative in den Wahlbüros oder die Auswirkungen auf regionale Wahlprozesse, etwa in Jaroslawl und Astrachan. Auf alle diese Veränderungen werde die neu gewählte Regierung reagieren müssen. Verbunden damit äußerte **Erler** die Hoffnung, dass die internationale Isolation Russlands, die mit der Intervention in Georgien im August 2008 einen Höhepunkt erreicht hätte, der Vergangenheit angehöre und Putin fähig sein werde, an die Reset-Agenda aus der Zeit von Medwedew anzuknüpfen. Dies gelte insbesondere für die Bereiche Justiz und Zivilgesellschaft sowie für die Modernisierungsbemühungen. So warteten die vom Forschungsinstitut INSOR aufgezeigten konkreten Pläne beispielsweise noch immer auf ihre Umsetzung und dies müsse die neue Führung nun leisten. Allerdings könne sich der innenpolitische Faktor auch insoweit als störend für die Beziehungen erweisen, als die entschiedene Vertretung russischer Interessen in der internationalen Politik ein zentrales Wahlversprechen von Putin gewesen sei. Der Wunsch, innenpolitische Schwäche mit einem starken Auftreten in den Beziehungen zu anderen Staaten auszugleichen, signalisiere eine erhöhte Konfliktbereitschaft. Dem widersprach **Konstantin I. Kosatschew** entschieden und wies den Begriff der Schwäche zurück. Er betonte, dass Putin bei der russischen Bevölkerung trotz einiger Probleme weiterhin beliebt sei und er mit Dmitri Medwedew ein eingespieltes Team bilde, das nicht gespalten werden könne. Sie bemühten sich nun gemeinsam, gesellschaftliche Meinungen und Interessen aufzugreifen und danach zu handeln: Das gelte insbesondere für die Außenpolitik, wo sich beide im Einklang mit der öffentlichen Meinung befänden. Solange sich die Meinung einer demokratischen Mehrheit in Russland aber nicht ändere, würden auch die Richtlinien für die internationalen Beziehungen dieselben bleiben,

A.A. Dynkin

unabhängig von den Wünschen des Westens. Daraufhin lobte **Aleksandr Dynkin** die Tatsache, dass die Politik nach Russland zurückgekehrt sei und ein ständiger innerer Diskurs stattfinde.

Zentraler Aspekt für die Innenpolitik sowie für die Beziehungen zu den westlichen Partnern waren auch in diesem Panel die Modernisierungsbemühungen des Landes. Während **Aleksandr Gruschko** anmerkte, dass Russland entschlossen sei, das begonnene Modernisierungsprojekt zu verwirklichen und sich dabei auch auf die Kooperation mit dem Westen stütze, machte **Karsten Voigt** eine gewisse Widersprüchlichkeit in der russischen Politik aus. Es bestehe ein Spannungsverhältnis zwischen der Orientierung auf Modernisierung und den machtpolitischen Interessen des Landes. Die Teile der Gesellschaft, die Putin unterstützten und wählten – also die Grundlage der Regierungsmacht –, lehnten Veränderungen eher ab. Dies bremse den Wandel, auch wenn sich die Forderungen der neuen Mittelschicht mehr und mehr Gehör verschafften. Geostrategisch sei ebenfalls ein gewisser Zwiespalt auszumachen, denn Russland sehe eine, vor allem vom Westen unterstützte Demokratisierung im GUS-Raum als Bedrohung an und widerspreche damit seinen Willensbekundungen zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Der weitere Verlauf der Debatte konzentrierte sich auf die Differenzen in sicherheitspolitischen Fragen. Hier betonte **Aleksandr Gruschko**, dass für Russland in der Außenpolitik die Kooperation in allen verfügbaren Institutionen an erster Stelle stehe, was allerdings – so **Konstantin Kosatschew** – nicht bedeute, dass die Regierung Putin sich als „bequemer Partner" für den Westen profilieren und dafür Anerkennung aus Europa und den USA genießen wolle. Vielmehr vertrete sie konsequent die Interessen des Landes, denn nur so könnten günstige Bedingungen für Russland geschaffen werden. Dies gelte insbesondere für sicherheitspolitische Themen wie die Raketenabwehr. Der Westen müsse verstehen, dass das internationale System heute komplex und vielschichtig sei und es keine „falschen Interessen", wohl aber „legitime nationale Interessen" gebe. Man dürfe auch nicht vergessen, dass das Land einen großen Beitrag zur internationalen Sicherheit leiste, so etwa in den Konflikten um Berg-Karabach und Transnistrien.

Kosatschew äußerte Unverständnis für die westliche Kritik an der russischen Haltung. Er erinnerte an drei „Traumata" aus der Vergangenheit, welche in der heutigen russischen Politik zur Vorsicht mahnten: Kosovo, Irak und Libyen. Diese Erfahrungen bekräftigten aus russischer Sicht, dass die Syrien-Frage nicht innerhalb von NATO- oder EU-Strukturen gelöst werden solle, sondern ein gemeinsamer Lösungsansatz gefunden werden müsse. In diesem Fall sei auch Russland bereit, seinen Teil beizutragen. Diese Kontroverse könne daher auch als Test für die Beziehungen verstanden werden. Dem stimmte **Patricia Flor** zu und wies darauf hin, dass dieses Thema für beide Seiten sehr wichtig, eine Lösung aber nur gemeinsam zu erreichen sei. Als ein Beispiel für eine bereits gelungene Kooperation lobte sie die Verhandlungen mit Iran im Rahmen der *group of six*, insbesondere die Bereitschaft, sich weiterhin um eine diplomatische Lösung zu bemühen und militärische Aktionen zu vermeiden. **Gruschko** bewertete die Zusammenarbeit dagegen weniger optimistisch und forderte, die NATO müsse Signale senden, dass sie den Boden des Völkerrechts nicht verlassen werde. Auch würden die Beziehungen noch immer durch die Ereignisse im Sommer 2008 belastet, da die Kriegsschuld von Georgien

nicht eindeutig anerkannt und die russische Reaktion auf die Aggression als überzogen bezeichnet würden. Auf diese Weise gestalte sich die Zusammenarbeit – an der Russland durchaus interessiert sei, da die NATO eine wichtige geopolitische Realität darstelle – nach wie vor schwierig, zumal die russischen Interessen nur eine unzureichende Berücksichtigung fänden.

Auf diese Beiträge der russischen Gäste reagierte **Gernot Erler**, indem er davor warnte, zu sehr auf den eigenen Interessen zu beharren. Im Streitfall um Syrien sehe er die Gefahr einer internationalen Isolierung Russlands. Man müsse abwägen, ob das einer geringfügigen Einschränkung der strategischen Interessen vorzuziehen sei. Für besonders ungünstig halte er aber den Versuch, heutige Politik durch „Traumata" aus der Vergangenheit zu erklären und zu rechtfertigen. Zum einen verstelle das den Weg zu einer Annäherung und führe zu Voreingenommenheit; zum anderen sei in den drei angeführten Fällen die Lage nicht so eindeutig, dass man ein Fehlverhalten seitens des Westens ausmachen könne. Im Spannungsfeld zwischen *responsibility to protect* und dem Respekt vor staatlicher Souveränität seien beide Sichtweisen plausibel zu rechtfertigen. **Günter Joetze** kritisierte die Einstellung, dass Russland Stärke offenbar nur dadurch zeigen könne, dass es sich unkooperativ verhalte. Die Partner im Westen nähmen durchaus Rücksicht auf die russischen Interessen, und daher müsse es auf diplomatischem Wege möglich sein, Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und Kompromisse herbeizuführen.

Eine besondere Stellung nahm in der Diskussion das Thema der Raketenabwehr ein, und es bestand Einigkeit darüber, dass es sich dabei um ein wichtiges Problem in den Beziehungen handelt, das nur auf dem Wege des Dialogs und der Gegenseitigkeit gelöst werden könne. So bemängelte **Gernot Erler**, dass die guten Anfänge von Obama in dieser Frage, bekräftigt durch den NATO-Gipfel in Lissabon 2010, nicht umgesetzt würden und die Differenzen sich erneut zuspitzten. Ähnlich sah dies auch **Konstantin Kosatschew** und bemerkte, dass Russland sich zwar darum bemühe, westliche Interessen nicht zu stören, dennoch könne es den Unilateralismus der NATO nicht akzeptieren, wenn es seine eigene Sicherheit eingeschränkt sehe. **Klaus Wittmann** erinnerte an den Vorschlag für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem von Medwedew aus dem Jahr 2009 und bedauerte, dass die westlichen Partner ihn völlig ignoriert hätten: Dies sei als eine verpasste Möglichkeit anzusehen. Die NATO müsse endlich verstehen, dass die Agenda nicht „28+1" sondern vielmehr „29" lauten sollte, denn nur so könne Kooperation gelingen. **Aleksandr Gruschko** pflichtete dieser Ansicht bei und betonte, dass die heutigen internationalen Herausforderungen breite kollektive Antworten erforderten, doch dies sei nur unter Wahrung auch der russischen Interessen möglich. Russland lehne es ab, sich an Regeln zu binden, die von anderen und ohne russische Beteiligung gemacht worden seien.

Als weiteres, aktuell wichtiges Thema für die Beziehungen erwiesen sich Russlands Bemühungen um Integration im GUS-Raum, insbesondere Putins Initiative für eine Eurasische Union aus dem Jahr 2011 sowie die Zollunion. **Gruschko** rief die EU auf, die russische Kooperation mit den Nachbarländern ebenso zu respektieren, wie Russland die EU-Integration zulasse und unterstütze. Dynamische Beziehungen und Kooperation in alle Richtungen stellten die Ziele der russischen Außenpolitik dar. Vorwürfe eines imperialen Denkens seien somit ungerecht-

fertigt; vielmehr sollte die gemeinsame Geschichte dieser Länder mit Russland genutzt werden, um die Sicherheit und den Wohlstand aller zu erhöhen. Daran könne auch die EU nur interessiert sein. **Hannes Adomeit** bemerkte allerdings, dass die Beziehungen im postsowjetischen Raum eines der zentralen Störpotenziale zwischen Russland und der EU darstellten. Es sei eine Tatsache, dass es in diesen Ländern keine einzige funktionierende trilaterale Kooperation gebe, bei der sowohl Russland als auch die EU als Förderer auftreten. Dies weise deutlich darauf hin, dass hier statt Partnerschaft Rivalität und Konkurrenz um Einflusssphären vorherrschten. Auch machte **Adomeit** auf eine Widersprüchlichkeit in der russischen Politik aufmerksam, die das Vertrauen Europas erschwere: Während Putin wiederholt betont habe, dass die Anbindung an die Europäische Union und die Zollunion einander nicht ausschlossen, sei die Ukraine wenig später von Medwedew dazu aufgefordert worden, sich für eine der beiden Optionen zu entscheiden. Zudem könne man Zweifel an der praktischen Umsetzbarkeit der Eurasischen Union hegen, da hier Demokratien und Autokratien – so Weißrussland als „letzte Diktatur Europas" – zusammengebracht würden. **Peter W. Schulze** unterstrich vor allem diesen letzten Punkt und fragte, weshalb die EU solche Angst vor den Integrationsbemühungen in der GUS habe. Bisher zeige sich, dass nur Europa als wichtiger Partner für die russische Modernisierung auftrete, während die Projekte im postsowjetischen Raum mehrheitlich scheiterten. Somit sei sichergestellt, dass Europa für Russland der relevante Partner bleiben werde.

Im Verlauf der Debatte wurde deutlich, dass Kooperation zwar von beiden Seiten gewünscht und als gewinnbringend anerkannt wird, doch gerade in sicherheitspolitischen Fragen gelingt es nach wie vor nicht, das gegenseitige Misstrauen zu überwinden. Diese Tatsache fasste **Wladimir Baranowskij** treffend zusammen, indem er aufzeigte, dass die Beziehungen von zwei „Konfrontationsschablonen" geprägt seien. Danach würden aus westlicher Sicht viele Handlungen Russlands als imperial gelten, während die russische Seite davon ausgehe, dass sie vom Westen um ihre natürlichen Vorteile betrogen werden solle. Dies geschehe auf der Ebene der Mentalität und sei aus diesem Grund besonders schwierig zu ändern. Dennoch müsse man sich darum bemühen, eine Lösung für dieses Problem zu finden, Vertrauen aufzubauen und die bestehenden Schablonen durch neue zu ersetzten: durch „Kooperationsschablonen". Auch andere Teilnehmer unterstützten die Wahrnehmung, dass über die Realpolitik hinaus eine Art „ideologische" Kontroverse stattfinde. So kritisierte **Kosatschew**, dass der Westen sein Demokratieverständnis und sein Gesellschaftsmodell auf Russland übertragen wolle, ohne auf die kulturellen und historischen Besonderheiten des Landes einzugehen. Dabei werde die eigene politische Ordnung als die einzig „richtige" angesehen und außer Acht gelassen, welches Chaos die schnelle Demokratisierung in den 1990er Jahren ausgelöst habe. Dennoch sei durchaus eine Grundlage für Zusammenarbeit vorhanden, denn die meisten Russen verstünden sich als Europäer und sympathisierten mit dem dortigen Gesellschaftsmodell. **Gernot Erler** erinnerte daran, dass die Annäherung Zeit erfordere, da die Aufarbeitung einer schwierigen gemeinsamen Geschichte notwendig sei. Dennoch sollte man aktuelle Probleme nicht schematisch der Geschichte anlasten, denn sonst werde man zu „Gefangenen der Geschichte" und es fehle die Zukunftsperspektive. **Klaus Wittmann** rief zum Abschluss beide Seiten dazu auf, das Nullsummendenken endlich hinter sich zu lassen und intensiv an einem System der kooperativen statt konfrontativen Sicherheit zu arbeiten.

Panel 4

Die Türkei im Aufbruch – wohin?

Im Mittelpunkt der Diskussion des vierten und abschließenden Panels der 15. Schlangenbader Gespräche stand die komplexe Frage nach der besonderen politischen und ökonomischen Rolle der Türkei in der sich neu gestaltenden Weltordnung. Das betraf sowohl ihre innenpolitische und wirtschaftliche Entwicklung als auch ihre Beziehungen zu den Partnerländern sowie ihre Stellung in der zukünftigen internationalen Ordnung.

In seiner Einführung richtete **Hans-Joachim Spanger** besonderes Augenmerk auf die Verschiebung von Machtzentren in der globalen Politik – zulasten des Westens und zugunsten der aufstrebenden BRICS-Staaten. Die Türkei sei in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse, denn ihre geographische Lage erlaube eine Verbindung zwischen dem an Bedeutung einbüßenden Westen und dem erstarkenden Osten. Dabei unterstrich **Spanger**, dass das Land in seinen Beziehungen zu Westeuropa einen Sonderfall darstelle, denn es folge nicht dem üblichen Modell: Seit dem Ende des Kalten Krieges erfolge die Aufnahme der ost- und zentraleuropäischen Staaten in die „europäische Familie" über einen Beitritt zur NATO und unmittelbar anschließend zur Europäischen Union; dies sei im Falle der Türkei anders. Trotz langjähriger NATO-Mitgliedschaft und obwohl das Land über eine der größten Streitkräfte unter den NATO-Mitgliedern verfüge und enorme strategische Bedeutung habe, gestalte sich der Beitrittsprozess zur EU schwierig. Die seit 2002 mit dem Wahlsieg der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) einsetzende Schwächung der bis dahin strikt westlich-säkularen Orientierung des Landes trage ebenfalls nicht zur Annäherung bei. So erinnerte **Spanger** daran, dass die Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei in letzter Zeit nur mehr halbherzig vorangetrieben würden und die Regierung Erdogans sich nach Alternativen zur EU umsehe. Dennoch verringere sich die Bedeutung des Landes für Europa keineswegs. Das unter dem Leitsatz der „strategischen Tiefe" stehende außenpolitische Programm von Außenminister Ahmet Davutoglu betone die Bemühungen des Landes um eine bedeutsame regionale Rolle und die Umsetzung des Prinzips „Null Probleme mit den Nachbarn". Als weiteren Faktor sei das von der Türkei verfolgte – und für Brüssel bedeutsame – Ziel zu nennen, die Stellung des Landes als Transitland für Energielieferungen aus dem Osten zu stärken.

H.-J. Spanger, H. Bağcı

Hüseyin Bağcı begann seinen einführenden Vortrag mit dem Hinweis auf die Vielzahl von Reformen, welche die Türkei seit dem Ende des Kalten Krieges eingeleitet habe. Dabei sei die Perspektive eines EU-Beitritts als motivierender Faktor hervorzuheben. Im Ergebnis habe sie

heute sowohl in ihrer wirtschaftlichen als auch in ihrer demokratischen Entwicklung deutliche Vorteile gegenüber ihren Nachbarländern aufzuweisen. Die Türkei sei zurzeit eine wirtschaftlich prosperierende Regionalmacht, die im Falle eines EU-Beitritts die sechstgrößte Volkswirtschaft der Union stellen würde. Weltweit rangiere Ankara auf Platz siebzehn der wirtschaftsstärksten Staaten, und laut Goldman Sachs werde sie bei gleichbleibenden Wachstumsraten in naher Zukunft unter die Top Ten fallen. In der Region gebe es kein anderes Land, das wirtschaftlich mit der Türkei konkurrieren könne.

Nikolaus Graf Lambsdorff schloss sich dieser positiven Würdigung an, machte jedoch darauf aufmerksam, dass dem wirtschaftlichen Aufschwung die wohl größte türkische Wirtschaftskrise vorausgegangen sei. Die Innenpolitik des Landes in den 1990er Jahren sei vom kalten Putsch des Militärs gegen Necmettin Erbakan und dem Verbot seiner Refah-Partei von 1997 geprägt gewesen. Aus einer wirtschaftlich schwachen Lage des Landes heraus habe die Regierung vonPremierminister Bülent Ecevit im ausgehenden 20. Jahrhundert Reformen eingeleitet, von denen heute die AKP-Regierung profitiere, da auch aus diesem Grund die Türkei die schwere globale Wirtschaftskrise von 2008/2009 erfolgreich habe überstehen können. Heute weise das Land ein jährliches Wirtschaftswachstum von zehn Prozent aus; hinzu käme ein nahezu ausgeglichener Haushalt, der mit einem Defizit von gerade einmal 2,1 Prozent des BIP den Maastrichter Kriterien entspreche. Das türkische Außenhandelsvolumen habe sich im Vergleich zu 2001 vervierfacht, und noch nie hätten engere wirtschaftliche Beziehungen mit der Europäischen Union bestanden als in den letzten sieben Jahren. So stelle die EU 80 Prozent der Auslandsinvestitionen und sei mit 50 Prozent der wichtigste Handelspartner des Landes. Darüber hinaus betonte auch **Lambsdorff** die Bedeutung der Türkei als Energietransitland für Europa. Andererseits dürfe man auch die Kehrseite des schnellen Wachstums und die Risiken nicht außer Acht lassen. So weise das Land aktuell ein Handelsbilanzdefizit von etwa 100 Milliarden US-Dollar auf, und die Handelsstruktur zeige eine bedenkliche Abhängigkeit von Rohstoffen sowie halbfertigen Industrieprodukten. Auch sei das Risiko der Kapitalflucht und des Abzugs ausländischer Investitionen nicht gebannt. Der IWF prognostiziere für 2013 ein Wachstum von gerade einmal 1,2 Prozent, auch wenn die AKP-Regierung mit 4 Prozent rechne. **Per Fischer** teilte **Graf Lambsdorffs** Bedenken bezüglich der Abhängigkeit der Türkei von ausländischem Kapital. Er merkte an, dass ein Großteil dieser finanziellen Ressourcen lediglich aus „hot money“ und Portfolioinvestitionen bestehe, die sehr leicht und mit verheerenden Folgen für die Wirtschaft des Landes abgezogen werden könnten. Daher seien die aktuellen Bemühungen der türkischen Zentralbank zu loben, die das zu schnelle Wirtschaftswachstum etwas abzuschwächen versuche, um eine Überhitzung zu vermeiden und im Krisenfall ein „soft landing“ erreichen zu können.

Im weiteren Verlauf der Debatte stellte sich die Frage nach den politischen Wurzeln des türkischen „Wirtschaftswunders“. **Hüseyin Bağcı** wies darauf hin, dass die wirtschaftlichen Erfolge sich nur um den Preis einer „Putinisierung“ der türkischen Innenpolitik hätten erzielen lassen. Seit Necmettin Erbakan habe es in der politischen Klasse Ankaras keine so starke Persönlichkeit wie Erdogan gegeben. Unter seiner Führung sei es der AKP gelungen, ihren Stimmenanteil bei jeder Wahl zu erhöhen. Das Schicksal der AKP sei sehr stark an die Person Tayyip

Erdogans gebunden, der aber in zunehmendem Maße autokratische Züge offenbare. So habe sich die Anzahl politischer Gefangener in letzter Zeit ständig erhöht; dies gehe sogar so weit, dass in der Türkei mehr Journalisten ohne Gerichtsverfahren in Gefängnissen festgehalten würden als in China. Damit kritisierte **Bağcı** eine Politik, die zwar die ökonomische, nicht aber die politische Entwicklung fördere. Seiner Meinung nach sei die Türkei ein europäisches Land, für das eine umfassende Demokratisierung Priorität haben müsse. Auf dem Weg dorthin stelle die Annahme der neuen Verfassung einen entscheidenden Meilenstein dar. Im Unterschied zur Vorgängerverfassung, die nach dem Putsch von 1982 durch den türkischen Generalstab oktroyiert worden war, werde sie in einer breiten öffentlichen Debatte ausgearbeitet und nicht durch die „Hüter der Republik" aufgezwungen. Der Prozess erfordere zwar Zeit, aber er sei in hohem Maße partizipativ und transparent. **Hüseyin Bağcı** rief dazu auf, die Stärkung der Demokratie und des politischen Pluralismus zu den vorrangigsten Aufgaben der neuen Verfassung zu machen. Er erinnerte aber ebenso daran, dass aktuell keine ernstzunehmende Opposition zur AKP existiere. Das ändere aber nichts an den beiden gravierenden innenpolitischen Herausforderungen, vor denen die AKP stehe. Zum einen gelte es, die radikalen islamistischen Strömungen einzudämmen; und zum anderen entzöge sich die säkulare militärische und die intellektuelle Elite dem Einfluss der AKP. Zugleich habe der Kemalismus seit dem Machtantritt Erdogans viel an Prestige und Autorität eingebüßt, sodass er kaum mehr als Gegengewicht zu einer Islamisierung der Türkei wirken könne. An dieser Stelle widersprach **Piotr W. Stegnij**, indem er anmerkte, dass der Elitenwechsel und die Schwächung der kemalistischen Ideologie als Ausdruck des Übergangs zu einem post-kemalistischen Modell zu betrachten seien, dies sich aber nicht auf das hohe gesellschaftliche Ansehen Mustafa Kemal Atatürks als Person auswirke. Er gab auch zu bedenken, dass bis auf die „Ergenekon"-Affäre der Machtwechsel in Anatolien kaum negative Folgen nach sich gezogen habe. Der oft getätigte Vergleich zur iranischen Revolution Ruholla Khomeinis 1979 sei fraglich, denn die Türkei werde, anders als Iran, voraussichtlich ihren säkularen Charakter bewahren. Dafür sei allerdings eine gelungene Inklusion islamistischer Elemente in die türkische Zivilgesellschaft notwendig.

P.W. Stegnij, Graf Lambsdorff

Nach einer insgesamt positiv-optimistischen Würdigung der türkischen Behandlung der Kurdenfrage kam die Debatte auf die von **Bağcı** aufgestellte These von einer „Putinisierung" des Landes zurück. Zunächst wies **Piotr Stegnij** darauf hin, dass die implizit negative Wertung des Begriffs zu hinterfragen sei. Man könne zwar Parallelen zwischen beiden Ländern ziehen – so finde sich in der Türkei ebenfalls ein „Machttandem" Gül-Erdogan –, doch könne das politische Modell Putins möglicherweise sogar Erfolg versprechend sein. **Graf Lambsdorff** bestritt

dagegen die These einer „Putinisierung“ und zeigte auf, dass in der Türkei, anders als in Russland, kein Einparteiensystem sondern vielmehr politischer Pluralismus herrsche. Auch wenn man autoritäre Tendenzen verzeichnen könne, sei die politische Lage doch bei weitem nicht so kritisch zu bewerten wie in Russland.

Als ein Kernpunkt der Diskussionen des Panels erwies sich der Wandel in der türkischen Außenpolitik. Als den Architekten des neuen außenpolitischen Kurses bezeichnete **Hüseyin Bağcı** den Außenminister des Landes, Ahmet Davutoglu, der mit dem früheren US-Außenminister Henry Kissinger verglichen werden könne. Er habe weit gesteckte Ziele und glaube, wie er bei einer Konferenz in Sivas geäußert habe, die Türkei könne ein Weltimperium werden. Dafür solle, so Davutoglu, das Land zu einer moralischen Instanz in der Region ausgebaut werden. **Bağcı** äußerte allerdings erhebliche Zweifel an einer solchen Perspektive und verwies darauf, dass die Reputation Ankaras gerade in der unmittelbaren Nachbarschaft eher gering sei und die Regierungen der arabischen Staaten in der Region das türkische als westlich-demokratisches Modell nicht für nachahmungswürdig hielten. Somit bleibe diese neue, von Davutoglu geradezu romantisierte außenpolitische Orientierung auf die Region bislang ohne große Resonanz. Auch könne nur davor gewarnt werden, eine eindeutig imperiale Rhetorik zu verwenden, da dies in der Nachbarschaft unangenehme Erinnerungen wachrufen müsse. Gerade unter der jungen Generation des Landes finde dieser Neo-Osmanismus aber Anklang und breite sich gefährlich aus. Schließlich äußerte **Bağcı** erhebliche Zweifel an der praktischen Umsetzbarkeit des Konzepts „Null Probleme mit den Nachbarn“; vielmehr solle der politische Fokus auf einer weiteren Demokratisierung der Türkei liegen, um den Vorbildcharakter in der Region zu festigen und auszubauen. Auch **Detlef Puhl** lehnte ein übermäßiges Großmachtdenken der Türkei ab und fragte danach, wie ein solcher imperialistisch anmutender Ansatz der AKP mit der Ausrichtung auf eine Integration mit Europa vereinbar sei. Daraufhin wandte **Stegnij** ein, dass weder die Türkei noch Russland, das er hier zum Vergleich heranzog, imperiale Standpunkte vertreten. Der von Ankara praktizierte Neo-Osmanismus sei vor allem als innenpolitisch begründete Hinwendung zu Instrumenten des Osmanischen Reichs und als Antwort auf eine Zuspitzung der multikulturellen Herausforderung im Inneren zu interpretieren. Es handle sich keineswegs um einen neuen Imperialismus, denn die bestehenden Grenzen seien zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt worden. Russland und die Türkei verbinde in dieser Hinsicht ein hoher Grad an Multikulturalismus in ihren in Gesellschaften.

Graf Lambsdorff charakterisierte Davutoglus außenpolitischen Ansatz als einen proaktiven, der das neue Selbstbewusstsein der Türkei in ihrer Außenpolitik widerspiegele. Das Prinzip der „strategischen Tiefe“ lasse neue Spielräume in der türkischen Außenpolitik zu. Ankara habe sich im Rahmen dessen seinen Nachbarn im Osten gegenüber geöffnet, was sich sehr gut an den Kontakten nach Jerewan, aber auch an der Aufhebung der Visapflicht mit Syrien verdeutlichen lasse. Eine besondere Stellung könnten dabei in Zukunft die Beziehungen zum Irak einnehmen, insbesondere im Kontext des Referendums um ein kurdisches Autonomiegebiet im Norden des Landes. Auch **Egbert Jahn** warf die Frage nach der Reaktion der Türkei auf eine mögliche Unabhängigkeitserklärung eines kurdischen Nordens im Irak auf. Seiner Einschätzung nach sei hier für eine friedliche Entwicklung entscheidend, dass sich das entstehen-

de Autonomiegebiet an der türkischen Südgrenze sehr deutlich von der PKK distanziere. **Bağcı** sah insgesamt wenig Konfliktpotenzial in einer möglichen Unabhängigkeitserklärung, gab allerdings zu bedenken, dass es zu ökonomisch begründeten Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Arabern in diesem Gebiet kommen könne. **Graf Lambsdorff** betonte dagegen auch das politische Krisenpotenzial und erinnerte an den kürzlichen Besuch Masud Barzanis, Präsident der Autonomen Region Kurdistan, in Ankara. Dort habe man ihn sowohl von türkischer Seite als auch seitens der USA ermahnt, separatistische Tendenzen zu unterbinden. Andererseits habe die Türkei ein sehr großes Interesse an einer vertieften wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem kurdischen Norden Iraks; in jedem Fall verfolge das Land sehr genau alle Entwicklungen rund um das Referendum.

Sehr positiv bewertete **Hüseyin Bağcı** die Beziehungen zwischen der Türkei und Russland. Als Belege führte er den visafreien Verkehr sowie die deutlich vertieften Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten an. Dabei befänden sich sowohl die Türkei als auch Russland auf einem Entwicklungskurs in Richtung Modernisierung und Demokratisierung und zeigten sich bereit, auch gemeinsam eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Schwarzmeerraumes, des Kaukasus und Zentralasiens zu spielen. Daher müssten beide Länder als relevante Faktoren in der europäischen Politik besondere Beachtung finden. **Detlef Puhl** stellte daran anknüpfend die Frage, wie sich eine Kooperation zwischen der Türkei, Russland und der EU konkret ausgestalten lasse. **Bağcı** erwiderte darauf, dass sowohl der russische als auch der europäische Faktor in der türkischen Außenpolitik noch wesentlich prominenter werden müsse. Auch **Piotr Stegnij** griff die Frage auf und machte auf die engen Kontakte zwischen den drei Akteuren bei den Bemühungen um eine Beilegung des Nahostkonflikts aufmerksam. Als weiteres Beispiel für eine produktive Kooperation könne man das auf die Initiative der Türkei zurückgehende Programm „Schwarzmeer-Harmonie“ anführen, wobei der entscheidende Faktor für den Erfolg die Übereinstimmung der türkischen und russischen Interessen in dieser Frage gewesen sei.

Mit Bezug auf die neue EU-Strategie für Zentralasien richtete sich **Reinhard Krumm** mit der Frage an das Plenum, ob es eine türkische Zentralasien-Strategie gebe und welche Rolle Russland dabei spiele. Dazu merkte **Bağcı** an, dass im Unterschied zum pantürkischen Experiment der 1990er Jahre Zentralasien in der gegenwärtigen türkischen Außenpolitik keine wichtige Rolle spiele. Absolute Priorität besitze in der türkischen Nachbarschaftspolitik der Nahe Osten. **Graf Lambsdorff** betonte die angesichts der wirtschaftlichen Stärke der Türkei zunehmenden entwicklungspolitischen Aktivitäten. Die staatliche Durchführungsgesellschaft TIKA sei gestärkt und der kulturelle Austausch mit Partnerländern ausgeweitet worden. In der Regierungszeit Erdogans sei das Land zu einem Geber aufgestiegen, was sich etwa in seinem humanitären Engagement in Somalia, Libyen und Syrien widerspiegele. **Lambsdorff** führte weiterhin aus, dass die Türkei im Verlauf des arabischen Frühlings eine herausgehobene Rolle gespielt habe. Sie sei mit ihrem demokratischen politischen System, das seinen Bürgern die freie Religionsausübung erlaube, ein Vorbild für die Protestbewegungen in vielen arabischen Staaten geworden. Andererseits könne im Abbruch der Beziehungen zu Syriens Staatspräsident Bashar al-Assad, der bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs zu den engsten Verbündeten Erdogans in der Region gezählt habe, ein Ende der „Null-Problem-Politik“ gesehen werden.

Dies zeige auch die Grenzen des türkischen Einflusses im Nahen Osten auf, da Assad wider Erwartens nicht habe beeinflusst und zu einem Einlenken gegenüber seiner Opposition bewogen werden können. **Stegnji** schloss hingegen nicht aus, dass die Türkei eine Art „Westfälischen Friedens" im Nahen Osten etablieren könne, indem sie beispielsweise eine Annäherung zwischen Sunniten und Schiiten begünstige. Auch in der Syrien-Frage sei der Einsatz des Landes zu begrüßen, während man das Scheitern der Verhandlungen unter anderem auf mangelnden Rückhalt der türkischen Position durch die EU zurückführen könne.

Die Frage, ob die neue außenpolitische Ausrichtung der Türkei als Abkehr vom Westen zu interpretieren sei, wurde im weiteren Verlauf des Panels kontrovers diskutiert. **Graf Lambsdorff** betonte, dass die Türkei starke Eigeninteressen in ihrer Nachbarschaft verfolge, die nicht immer mit den strategischen Interessen der EU in Einklang zu bringen seien. Das mache die Regierung Erdogans zu einem schwierigen Partner für Europa. Das betreffe zum einen die angespannte Situation zwischen Jerusalem und Ankara, die eine wesentliche Hürde in den türkisch-europäischen Beziehungen darstelle. Zum anderen gestalte sich die Position der Türkei im Atomstreit mit Iran problematisch, was anhand des türkischen Nein zur UN-Resolution im Sicherheitsrat 2010 sehr deutlich gemacht werden könne. **Pjotr Stegnji** widersprach dieser Einschätzung und interpretierte die Rolle der Türkei in diesem Konflikt positiv, indem er die Ambitionen des Landes als Vermittler anerkannte. Er rief sowohl die EU als auch Russland und die Türkei dazu auf, sich ernsthaft um eine gemeinsame Strategie zur Lösung des Atomstreits mit Iran zu bemühen. Mit Blick auf die mögliche türkische Abkehr vom Westen wies **Stegnij** der Europäischen Union eine Teilschuld an der Neuausrichtung des Landes nach Osten zu. Lange Zeit seien aus Brüssel negative Signale zum EU-Beitritt der Türkei gesendet worden. Man könne es als einen strategischen Fehler bezeichnen, Ankara keine ausreichenden Fördermaßnahmen zur Verfügung gestellt zu haben. Grundsätzlich aber habe, wie **Graf Lambsdorff** einwandte, die starke westliche Orientierung der Türkei in den ersten Jahrzehnten nach der Gründung der Republik im Widerspruch zum historischen Selbstverständnis eines aus dem Erbe des Osmanischen Reichs hervorgegangenen Landes gestanden. Daher sei eine Öffnung gegenüber den östlichen Ländern der Region nicht als eine Abkehr vom Westen, sondern vielmehr als eine „Normalisierung" der Nachbarschaftsbeziehungen zu interpretieren. Eine solche außenpolitische Emanzipierung Ankaras sei durchaus zu begrüßen. **Hüseyin Bağcı** bekräftigte, dass die Orientierung nach Osten nicht als radikale Kehrtwende in der türkischen Sicherheitspolitik fehlinterpretiert werden dürfe. So kooperiere die AKP-Regierung wie kaum eine ihrer Vorgängerinnen mit den USA im Nahen Osten und werde auch weiterhin ein wichtiger strategischer Partner in der NATO bleiben. Mit Brüssel dagegen verbinde Ankara zwar die enge Zusammenarbeit in Fragen der Abrüstung, doch werde die EU nicht als verlässlicher Partner im Bereich der Sicherheit wahrgenommen.

Die Rolle der Türkei als Energiedrehscheibe – einer der zentralen Aspekte auch der künftigen europäisch-türkischen Beziehungen – war das Thema eines kurzen Vortrags von **Elena A. Telegina**. Sie wies zunächst darauf hin, dass die Krise der vergangenen Jahre einen Wandel auf den Energiemärkten ausgelöst habe: Sie entwickelten sich von angebots- zu nachfragedominierten Märkten. Dies bedeute, dass in Zukunft die Käufer die Rahmenbedingungen des Han-

dels stärker bestimmen würden. Die aktuelle Lage auf dem Gasmarkt sei bereits angespannt, da sich die Konkurrenzbedingungen unter den Anbietern zunehmend verschärften. Das betreffe auch Russland als größten Gasexporteur, der in Zukunft verstärkt mit Iran und Qatar werde konkurrieren müssen. Neben Russland sei vor allem die kaspische Region für die europäische Energieversorgung wichtig. Schon seit geraumer Zeit entstünden große Korridore in Europas Mitte und im Süden, wobei die größere Bedeutung nicht den Transitkorridoren, sondern vor allem den neuen Umverteilungsräumen, den Energiedrehscheiben, zukomme. Sie hätten die Kapazität, Energieströme schnell und bedarfsgerecht umzuleiten und weiter zu verteilen. Die Türkei spiele als Energiedrehscheibe eine zentrale Rolle, da verschiedene Ströme über türkisches Territorium verliefen. So stärke das Land seine Selbstständigkeit als *energy hub* und erlange dadurch eine größere Freiheit in seiner Wirtschaftspolitik. Dabei dürfe man nicht vergessen, dass der eigene Energieverbrauch der Türkei im Zuge des starken Wirtschaftswachstums zunehme, auch wenn heute noch der größte Teil der Energie durch die Türkei nach Europa weitergeleitet werde. Es könnte sich als vorteilhaft erweisen, dass die Türkei außerhalb der Europäischen Union deren Regulierungen im Bereich Energie nicht unterworfen sei. **Elena Telegina** vermutete, dass die nördlichen Versorgungskorridore nach Europa zukünftig von den südlichen verdrängt würden, wobei auch die Weiterentwicklung erneuerbarer Energien diesen Trend verstärke. In diesem Zusammenhang sei beispielsweise das *Desertec*-Programm in Nordafrika zu erwähnen.

Während der anschließenden Diskussion rief **Hannes Adomeit** in Erinnerung, dass sich Russland und die Türkei im Dezember 2011 auf den Bau des gemeinsamen Pipeline-Projekts *South Stream* geeinigt hätten. Er stellte die Frage an **Telegina**, ob dieses Projekt ökonomisch begründbar sei oder vielmehr den Versuch darstelle, die *Nabucco*-Pipeline zu verhindern und Druck auf die Ukraine auszuüben. Laut **Telegina** stellten weder *Nabucco* noch *South Stream* ökonomisch rentable Projekte dar. Insbesondere die Kosten von *South Stream* seien unverhältnismäßig hoch. Weder werde eine so große Energiemenge in Europa benötigt, wie mit diesen Pipelines zu transportieren ist, noch seien große Pipelineprojekte angesichts der zunehmenden Verflüssigung von Gas ökonomisch sinnvoll. Abschließend sei festzuhalten, dass die Energiemärkte in nächster Zeit weiter große Veränderungen erfahren würden.